

Demokratie & Proletariat



Eine kommunistische Sichtweise
auf die parlamentarische Demokratie



Gliederung

1. EINLEITUNG

2. HISTORISCHE GRUNDLAGE/STAAT IM ALLGEMEINEM

3. UNMÖGLICHKEIT DER EMANZIPATION INNERHALB DER
PARLAMENTARISCHEN DEMOKRATIE

4. FASCHISMUS

5. STRATEGIE UND TAKTIK

6. DIKTATUR DES PROLETARIATS UND
SOZIALISTISCHE DEMOKRATIE

7. FAZIT

1. Einleitung

Es ist mal wieder so weit. Im September 2021 stehen die nächsten Bundestagswahlen in der BRD an. Wie immer ist die Zeit rund um die Wahlen eine Zeit der verstärkten politischen Diskussion, aber auch der politischen Verunsicherung und Frustration. Statistiken zeigen, dass sich immer mehr Menschen bewusst dagegen entscheiden, wählen zu gehen. Viele dieser Nichtwähler fühlen sich von den Parteien nicht repräsentiert und halten ihre Stimme für gleichgültig, da diese scheinbar nichts an den Umständen verändert.

Die Stellung zur parlamentarischen Demokratie ist in der kommunistischen Bewegung umstritten. So entscheiden sich einige Kommunisten für die Teilnahme an der Stimmabgabe und wählen die Linkspartei als vermeintlich kleinstes Übel, während andere die Wahl „leise“ Boykottieren oder sogar öffentlich zum Wahlboykott aufrufen. Selbst einige dem Namen nach kommunistische Parteien stellen sich in der BRD zur Wahl auf.

Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, auf Grundlage der Kampferfahrung der ArbeiterInnenklasse eine revolutionäre Einschätzung zum Umgang mit Wahlen in der parlamentarischen Demokratie sowie ein grundsätzliches Verständnis zur parlamentarischen Demokratie herauszuarbeiten und aufzuzeigen, dass die parlamentarische Demokratie nicht die Demokratie an sich, sondern eine spezifisch kapitalistische Staatsform ist, welche nach dem Zerschlagen des bürgerlichen Staates in der proletarischen Revolution durch spezifisch sozialistische Formen der Demokratie ersetzt werden muss.

2. Historische Grundlage/ Staat im Allgemeinen

Der Staat kam mit der Entwicklung des Privateigentums auf. Seine äußere Form hat sich durch die Geschichte hindurch gründlich verändert. Vom Sklavenhalterstaat über den Feudalstaat bis hin zum bürgerlichen Staat. Aber jederzeit war das Ziel des Staates die Sicherung des Privateigentums in der jeweilig vorherrschenden Form, (Eigentum an Menschen, Boden, Kapital) was gleichbedeutend ist mit der Unterdrückung der Massen zum Wohle einer kleinen Minderheit, wofür es Unterdrückungsapparate wie Gefängnisse, Armeen, Polizei usw. braucht. Nur der sozialistische Staat ist hier eine Ausnahme, da er keineswegs das Privateigentum an Produktionsmitteln schützt, sondern das Volks oder Staatseigentum, nicht die Massen unterdrückt, sondern eine Minderheit, die ehemals herrschende Klasse.

Kapitalistische Staaten finanzieren ihre Unterdrückungsapparate durch das Eintreiben von Steuern, was die Lage der Werktätigen zusätzlich verschlechtert. Kapitalistische Staaten sind Nationalstaaten, das geht mit der Zentralisation politischer Macht und der Schaffung eines Staatsvolkes, sowie eines festen, stehenden Heeres einher. Sie sind außerdem konstitutionell, auch wenn ein König herrscht, wie in der konstitutionellen Monarchie ist seine Herrschaft durch die Verfassung begrenzt. Die Bourgeoisie braucht Sicherheit vor willkürlichen Eingriffen des Staates und Vertragssicherheit für ihre Geschäfte. Auch das Ausbeutungsverhältnis zwischen ArbeiterInnen und Kapitalist erscheint wie ein Vertrag, den zwei vor dem Recht gleiche VertragspartnerInnen abgeschlossen haben. Es wird heutzutage nicht nur vermittels direkter Gewalt geherrscht, es lässt sich umso reibungsloser herr-

schen, wenn die Beherrschten ihre Lage akzeptieren. Gottesglaube, Nationalismus, Integration, der Schein von Mitbestimmung und von der Neutralität des Staates sind hierfür passende ideologische Mittel.

Die Form des Staates ist immer von der ökonomische Struktur der Gesellschaftsform abhängig, Marx verbildlichte dieses Verhältnis, in dem er die jeweils herrschende Produktionsweise als Basis und den Staat, so wie Bewusstseinsformen, Kunst, Philosophie uvm. als Überbau bezeichnete. Wie genau der Überbau ausgestaltet ist, hängt aber durchaus von einer Reihe von Faktoren ab. Kapitalistische Staaten können unterschiedlichste Regierungsformen aufweisen, von einer Militärdiktatur zur liberalen Demokratie.

Welche Form der Staat annimmt, hängt zum einen von den Kräfteverhältnissen im Klassenkampf einer Nation und der staatlichen „Tradition“ aber zugleich von den Kräfteverhältnissen auf dem Weltmarkt und der spezifisch nationalen Bedürfnisse des jeweiligen Kapitals ab, diese verschiedenen Formen sind verschiedene Spielarten der „Diktatur der Bourgeoisie“. Klarheit hierüber zu haben heißt allerdings nicht, dass man sich als KommunistIn gleichgültig gegenüber der jeweiligen Herrschaftsform verhalten sollte, da Lebens und Kampf Bedingungen hiervon stark beeinflusst werden. Die Feststellung, dass Kapitalismus und liberale Demokratie eine untrennbare Einheit und gar das Ende der Geschichte bilden, steht auf sehr wackeligen Füßen. Einerseits scheuten nicht wenige kapitalistische Staaten, in denen überhaupt liberale Demokratie vorhanden war (in den meisten war dies nicht der Fall) nicht davor zurück, diese fallen zu lassen oder stark einzuschränken, wenn sie sich als Gefährdung der kapitalistischen Ordnung erwies, andererseits sind gerade Staaten mit ganz anderen Staatsformen auf dem Vormarsch zu den neuen, stärksten imperialistischen Mächten.

Zunächst werden wir einige wichtige Wegmarken der Entwicklung bürgerlicher Demokratie betrachten, dieser Text hat natürlich nicht den Anspruch, eine vollumfängliche Revolutionsgeschichte zu schreiben, sondern wir

nehmen uns einige exemplarische geschichtliche Beispiele, um anhand dieser das Verhältnis des proletarischen Klassenkampfes zur bürgerlichen Demokratie und des Klassencharakters dieser aufzuzeigen. Danach widmen wir uns der Frage, ob die Befreiung der ArbeiterInnenklasse innerhalb der bestehenden staatlichen Ordnung möglich ist. Auch zu einer anderen, offen terroristischen Form bürgerlicher Herrschaft, dem Faschismus, wollen wir ein paar Sätze sagen.

Bürgerliche Revolution

„DIE BOURGEOISIE HAT KEINEN KÖNIG, DIE WAHRE FORM IHRER HERRSCHAFT IST DIE REPUBLIK.“¹ (MARX)

„DER PARLAMENTARISMUS IST (...) DIE BESTIMMTE FORM DER KLASSENHERRSCHAFT DER BOURGEOISIE UND – DIES NUR IHRE ANDERE SEITE DIESER HERRSCHAFT – IHRES KAMPFES MIT DEM FEUDALISMUS“² (LUXEMBURG)

¹ MEW 7, S. 40

² R. Luxemburg: Gesammelte Werke (von nun an RLGW) 1 zweiter Halbband, S. 449.

Einführung

Die kapitalistische Produktionsweise setzte sich seit dem 16. Jahrhundert immer mehr durch. Die Geschichte der bürgerlichen Demokratie ist die Geschichte der politischen Emanzipation des Bürgertums vom Feudalismus. Der ökonomische Aufstieg des Bürgertums, welches als Handelsbourgeoisie durch Kolonialgeschäfte Reichtümer anhäufte und auf der anderen Seite die ursprüngliche Akkumulation, welche die modernen Lohnarbeiter schuf, die in die neu entstehenden Städte getrieben wurden, waren die Grundbedingungen für diese Entwicklung. Den ersten Schritt machte das Bürgertum nicht selbstständig, sondern im Kompromiss mit dem Adel, dies wird als Absolutismus bezeichnet. Die Gewaltenteilung bildete sich zu dieser Zeit, als Aristokratie und Bourgeoisie um die Herrschaft stritten und die Gewalt unter sich teilten. Dieses frühkapitalistische Stadium reichte ungefähr bis zum 19. Jahrhundert, als das klassische Stadium der freien Konkurrenz eintrat und die Manufaktur durch die Industrie verdrängt wurde.

England

Die Entwicklung liberaler Staaten viel von Land zu Land unterschiedlich aus. Den Anfang machte Italien, in Florenz konnte kurzzeitig eine „kleinbürgerlich demokratische Republik“ entstehen³ und um 1600 konnte in Holland das Aufklärerische, durch den Handel stark gewordene Großbürgertum gegen den Adel seine Kraft beweisen. In England, das industriell am höchsten entwickelt war, gewann die Bourgeoisie schleichend an wirtschaftlichem und politischem Einfluss, die Stände waren 1649 nur noch auf dem Papier von Relevanz. Das erste Parlament in England bestand schon Jahrhunderte vor der Revolution 1649. Es war nur nichts weiter als der gemeinsame Ausschuss der herrschenden Klassen. Die englische Revolution war

³ R. Kühl, Formen bürgerlicher Herrschaft, Liberalismus – Faschismus, Rowohlt 1971, s.18.

nicht bloß der gewaltlose Akt der „glorious revolution“, welcher in der bürgerlichen Geschichtsschreibung oft als scheinbarer Beweis für eine rein friedliche Schaffung des bürgerlichen Staates her hält, sondern war ohne den der „glorious revolution“ vorangehenden Bürgerkrieg nicht zu denken. Sowohl die Krone als auch das Parlament, die um die hegemoniale Stellung kämpften, schafften sich ihre eigene Armee.⁴

Die Gewalt, besonders die revolutionäre Gewalt, hat in der Geschichte nicht nur einen zerstörerischen Charakter, sie ist wie Engels schreibt die Geburtshelferin der Geschichte, einer neuen Ordnung mit der die Gesellschaft schwanger geht. Die Revolution endete in England zwar in einem Kompromiss, den historischen Sieg der Bourgeoisie vermochte das allerdings nicht aufzuhalten. Das allgemeine Wahlrecht ließ in England jedoch noch bis 1918 auf sich warten, eine Verfassung hat England bis heute nicht.

Nordamerika

Die britische Kolonie in Nordamerika revoltierte ab 1763 gegen die Besteuerung bei gleichzeitig fehlender politischer Repräsentation gegen das Englische „Homeland“ („no taxation without representation“). Die amerikanische Revolution brachte die erste liberale Verfassung auf den weg. Trotz der fortschrittlichen Elemente wie der Verkündung von Menschenrechten (ausgenommen waren die Sklaven), hatte die Verfassung oligarchische Züge, und das war kein Zufall. Die herrschenden Klassen wollten nicht etwa wie später in Frankreich die alte feudale Ordnung stürzen, sondern die vorherrschende Ordnung, in der die Stände schon nicht mehr existent waren, stützen. Die Verfassung sollte eine konservierende Wirkung haben. Die immer wieder ausbrechenden Revolten der unteren Klassen machten den Besitzenden klar, das umfassende Volkssouveränität ihre Stellung gefährden würde. Die Einführung der Gewaltenteilung („checks and balances“), das Zweikammersystem und die über dem Parlament stehende Verfassung sorg-

⁴ RLGW 4, S.460.

ten dafür, dass das Volk einen genügend großen Abstand zur politischen Macht behielt. Die amerikanische Verfassung suchte dementsprechend ihr historisches Vorbild nicht etwa in der attischen Demokratie⁵, sondern im römischen Staat.

Frankreich

In Frankreich sah die Situation anders aus. 1789 war die französische Gesellschaft noch völlig in Stände und Zünfte gegliedert. Einige Teile der Handels- und Manufakturbourgeoisie kamen schon zu großem Wohlstand, politisch hatten sie jedoch nichts zu sagen.

Das ökonomisch aufsteigende Bürgertum musste sich politisch vom Feudaladel emanzipieren, um den Staat an ihre Klassenbedürfnisse anpassen zu können. Die Herrschaft der Bourgeoisie verlangte die Abschaffung der Ständeprivilegien, nationale Einheit, Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit waren ihre Losungen, die Republik war die Form dieser politischen Emanzipation. Um diese Umgestaltung zu vollziehen, musste die Bourgeoisie jedoch auf die plebejisch-frühproletarischen Klassen des Volkes zurückgreifen, welche das stärkste Interesse am vollständigen Sturz des Absolutismus besaßen. Das allgemeine Wahlrecht (für Männer) wurde erstmals 1792 von den plebejischen Sansculotten erkämpft, auch wenn es nicht lange in Kraft blieb. Die Losungen des liberalen Bürgertums hatten ihre Wirkung auf die Massen, welche jedoch nicht bloß die politische, sondern zugleich auch ihre soziale Emanzipation im Sinn hatten.

Nach Engels hätte sich ohne die Einbeziehung dieser Klassen das Bürgertum nie und nimmer im Klassenkampf beweisen können. Die plebejisch-frühproletarischen Klassen waren gerade die entscheidende Kraft in der bürgerlichen Revolution, und das nicht nur in Frankreich.

⁵ Die erste demokratische Staatsform entstand im 5. Jhr. v. Chr. in Athen. Sie unterschied sich grundlegend von bürgerlichen Demokratien, da durch direkt-demokratische Formen der Mitbestimmung regiert wurde. Frauen und Sklaven waren vom demokratischen Prozess ausgeschlossen.

Engels schreibt Hierzu:

„Daß die Bourgeois hier wie immer zu feig waren, für ihre eigenen Interessen einzustehen, daß von der Bastille an der Plebs alle Arbeit für sie tun mußte, daß ohne sein Einschreiten 14. Juli, 5./6. Okt. bis 10. Aug., 2. Sept. usw. die Bourgeoisie dem Ancien regime jedes mal erlegen wäre, die Koalition im Bund mit dem Hof die Revolution erdrückt hätte und daß also nur diese Plebejer die Revolution durchführen; daß diese nicht ging, ohne daß diese Plebejer den revolutionären Forderungen der Bourgeoisie einen Sinn unterlegten, den sie nicht hatten, die Gleichheit und Brüderlichkeit zu extremen Konsequenzen poussieren, die den bürgerlichen Sinn dieser Stichworte total auf den Kopf stellten, weil dieser Sinn, aufs Extrem getrieben, eben in sein Gegenteil umschlägt; daß diese *plebejische* Gleichheit und Brüderlichkeit ein reiner Traum sein mußte zu einer Zeit, wo es sich darum handelte, das *gerade Gegenteil* herzustellen, und daß wie immer – Ironie der Geschichte – diese *plebejische* Fassung der revolutionären Stichworte der mächtigste Hebel wurde, dieses Gegenteil – die *bürgerliche* Gleichheit – vor dem Gesetz – und Brüderlichkeit – in der Exploitation – durchzusetzen.“⁶

Feige Bourgeoisie

Die liberale Großbourgeoisie (vertreten durch die Girondisten) kämpfte lediglich für die konstitutionelle Monarchie, brachen nicht vollends mit der alten Herrschaft und schlossen einen Kompromiss mit ihr. Das radikale Kleinbürgertum (vertreten durch die Jakobiner) hatte ein aufrichtiges Interesse an der demokratischen Republik, beachteten jedoch die sozialen Forderungen der Volksmassen nur insofern, als ihre Erfüllung absolut notwendig für den gemeinsamen Kampf gegen die Konterrevolution schien. Das Bild von den Jakobinern als blutrünstige Revoluzzer hinkt, der Anlass für den Terror war die Formierung der Konterrevolution, welche alle Errungenschaften im Blut ersaufen und die Zeit zurückdrehen wollte.

⁶ MEW 37, S. 155

„Die Historiker der Bourgeoisie“ schreibt Lenin „sehen im Jakobinertum ein Fallen („Abgleiten“). Die Historiker des Proletariats sehen im Jakobinertum einen Höhepunkt im Befreiungskampf der unterdrückten Klassen.“⁷

Die Verfassung von 1793, welche nie das Tageslicht erblickte ist tausendmal demokratischer als jede existierende bürgerliche Verfassung, auch wenn dieses Ausmaß an Demokratie unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen im Rückblick sicherlich nicht realistisch ist.

Die arbeitenden Klassen, welche die Stoßkraft der Jakobiner ausmachten, waren gewillt den Kampf über das Ziel der bürgerlichen Republik hinaus zur sozialen Umwälzung zu führen.

Frühe Sozialistische und kommunistische Gedanken wurden hier geboren. Jacques Roux, ein Wortführer der Enrages kritisiert die formalistische Demokratie mit folgenden Worten;

„Die Freiheit ist ein leerer Wahn, solange eine Menschenklasse die andere ungestraft aushungern kann. Die Gleichheit ist ein leerer Wahn, solange der Reiche mit dem Monopol das Recht über Leben und Tod seiner Mitmenschen ausübt. Die Republik ist ein leerer Wahn, solange Tag für Tag die Konterrevolution am Werk ist, mit Warenpreisen, die drei Viertel der Bürger nur unter Tränen aufbringen können.“⁸

Das gerade erst im Entstehen begriffene Proletariat war allerdings noch nicht fähig, sich selbstständig als Klasse zu behaupten und für den Sozialismus zu kämpfen, es blieb noch verhaftet in den Formen der bürgerlichen Revolution. Die Brüderlichkeit, die die Bourgeoisie verkündete, währte nicht lange, (selbst die Jakobiner forderten Todesstrafe für die reine Propagierung einer Landreform 1793). Als das Proletariat nicht mehr als Speerspitze der Revolution gebraucht wurde, bekämpfte der neue Kapitalistenstaat die revolutionäre Arbeiterklasse durch massive Gewalt. Der Klassencharakter der bürgerlichen Republik nahm Gestalt an. Wo das allgemeine Wahlrecht und andere dem Absolutismus gegenüber fortschrittliche Errun-

⁷ W.I. Lenin Werke (LW) 25, S. 113.

⁸ Höppner/Seidel-Höppner: Von Babeuf bis Blanqui, Bd. II Texte, Reclam 1975, S. 8.

genschaften die Herrschaft der Bourgeoisie gefährdeten, wurden diese zurückgezogen. Robespierre endete auf dem Schafott, die revolutionäre Diktatur wurde abgelöst von der Diktatur Napoléons. Dies ist keine auf die Zeit der bürgerlichen Revolution beschränkte Taktik des Kapitals, wie wir später sehen werden. Die Bourgeoisie herrschte nicht nur mittels Demokratie, “In Frankreich abwechselnd die demokratische Republik (1793), die absolute Monarchie Napoleons I., die Adelsmonarchie der Restaurationszeit (1815 bis 1830), die bürgerlich konstitutionelle Republik, wieder die Monarchie Napoleons III., endlich zum dritten Mal die Republik.“⁹

Der erste große, wenn auch schnell gescheiterte Versuch des Proletariats, nicht als Anhängsel der Bourgeoisie, sondern völlig selbstständig aufzutreten war die Pariser Kommune von 1871. Am 18. März dieses Jahres ergriff das Pariser Proletariat die Macht. (Weiteres zur Kommune im Abschnitt sozialistische Demokratie.)

Die Bourgeoisie musste ihrem Klasseninteresse nach inkonsequent in der vollständigen Bekämpfung des Adels sein und söhnte sich lieber mit diesem aus, als den arbeitenden Klassen Zugeständnisse zu machen, das Ergebnis war eine lange Zeit des Klassenkompromisses zwischen Adel und Bürgertum, in der viele fortschrittlichen politischen Errungenschaften der Revolutionszeit mehr und mehr zum Erliegen kamen.

Deutschland 1848

In Deutschland gab es den ersten Anlauf zur demokratischen Republik 1848. Ein einheitlicher Nationalstaat und auch die bürgerliche Demokratie wurde nicht errungen. Hauptgrund hierfür war die „feige“ Bourgeoisie, welche sich lieber mit den alten Mächten gut stellte, als sich auf die Seite des

⁹ RLGW 1 Erster Halbband, S. 423.

revolutionären Volkes zu stellen, welches den eigentlichen Kampf führte und über das Ziel der bürgerlichen Revolution hinaus wollte.

„Die Revolution von 1848 war eine der seltenen Augenblicke der deutschen Geschichte, in denen die Volksmassen in Bewegung gerieten, zu einem wichtigen politischen Faktor wurden und- obwohl sie vor den Thronen stehen blieben- die Grundfesten der monarchischen Staatsgebäude erschütterten. Allerdings war der Interessengegensatz zwischen Besitz und Bildungsbürgertum einerseits und dem einfachen Volk andererseits schon in den März Tagen deutlich zu erkennen. Gehörte für die Oberschichten und ihre intellektuellen Sprecher die Erringung und verfassungsrechtliche Absicherung der nationalen Einheit sowie die künftige politische Weltgeltung eines mächtigen Deutschen Reiches zu den wichtigsten Postulaten, so waren für die Handwerker und Arbeiter, die im Sturmjahr 1848/49 ihr Leben auf den Barrikaden Wiens und Berlins, Frankfurts und Dresdens in die Schanze schlugen, vor allem der wirtschaftliche und soziale Aspekt ausschlaggebend. Die Massen erhofften vom Sieg der Revolution Beseitigung der materiellen Notlage und Verbesserung ihrer Lebensbedingungen.“¹⁰

Die Revolution scheiterte kläglich, doch die Entwicklung des Proletariats und somit den proletarischen Klassenkampf konnte keine Niederlage auf kurz oder Lang aufhalten. Schon in den 1860er Jahren begannen sich schon die ersten eigenständigen proletarischen Parteien zu bilden. 1871 kam es zur Reichsgründung, allerdings nicht durch eine Revolution, sondern durch die Notwendigkeiten, die die Kriege mit sich brachten, welche Bismarck führte. Das liberale Bürgertum ließ die demokratischen Forderungen fallen und stellte sich im nationalen Trubel auf die Seite Bismarcks. Die gescheiterte Revolution von 1848 ist von unschätzbarem Wert für die Entwicklung der Revolutionsstrategie des Proletariats. Selbst Lenin zog noch seine Lehren aus ihr. Als er die Möglichkeit einer revolutionär - demokratischen -Diktatur der Arbeiter und Bauern 1905 als unmittelbares Ziel, ja als Voraussetzung des Übergangs zur sozialistischen Revolution erörterte, verglich er sie mit der Französischen Revolution von 1789.

¹⁰ W. Grab, Ein Volk muss seine Freiheit selbst erobern, zur Geschichte der deutschen Jakobiner, Büchergilde Gutenberg, 1984, s.517

„Worin besteht der grundlegende Unterschied zwischen den beiden Wegen? Darin, daß die bürgerlich-demokratische Umwälzung, die von 1789 von Frankreich, 1848 von Deutschland verwirklicht wurde, dort vollendet wurde, hier aber nicht. Im ersten Falle ging die Umwälzung bis zur Republik und zur vollen Freiheit, im zweiten machte sie halt, ohne die Monarchie und die Reaktion gebrochen zu haben. Im zweiten Falle vollzog sich die Umwälzung hauptsächlich unter der Führung der liberalen Bourgeoisie, die in ihrem Schlepptau die nicht genügend gefestigte Arbeiterklasse führten, im ersten Fall wurde sie, wenn auch nur zu einem bestimmten Teil, von der aktiv-revolutionären Volksmasse, den Arbeitern und Bauern durchgeführt, die, wenn auch nur zeitweise, die solide und gemäßigte Bourgeoisie beiseite geschoben hatten. Im zweiten Fall kam es rasch zur „Beruhigung“ des Landes, d.h. zur Unterdrückung des revolutionären Volkes und zum Sieg des „Urjadniks“ (russisch für Polizist a.V) und des „Wachtmeisters“, im ersten Fall kam es für eine gewissen Zeitspanne zur Herrschaft des revolutionären Volkes, das den Widerstand der „Urjadniks und Wachtmeister“ gebrochen hatte.“¹¹

Lenins Augenmerk fällt auf die Frage der Hegemonie. Welche Klasse im anti-feudalen Kampf die politische Hegemonie beanspruchen kann, entscheidet über den Lauf der Dinge. Volksrevolutionen sind konsequent, Revolutionen gegen das Volk bleiben stecken.

Russland

Die russische Revolution von 1905 scheiterte trotz der vielen Zugeständnisse, die der Zarismus machen musste, da die liberale Bourgeoisie, wie von Lenin vorhergesagt ein Bündnis mit dem Zaren einging. Die Menschewiki paktierten mit der Bourgeoisie, während die Bolschewiki entschlossen an der Seite der Arbeiter und Bauern standen. In der Revolution von 1905 bildeten sich erstmals Arbeiterräte, die 1917 durch Soldatenräte, welche durch den Krieg entstanden, ergänzt werden sollten. In der bürgerlichen Revolution von 1917 gelangte es dem Proletariat und den Bauern, die Hegemonie zu gewinnen. Ihre Forderungen nach Frieden, Brot und Land bestimmten den

¹¹ LW 9, S.236f.

Lauf der Revolution. Die Räte wurden nicht bloß als Organe des bewaffneten Aufstandes, sondern zugleich als neue Volksmacht angesehen. Die neu gebildete provisorische Regierung war ein Ausdruck der Diktatur der Bourgeoisie und kam den Forderungen der Werktätigen nicht nach, sondern bekämpfte die anwachsende Rätewelt. Es waren also die Rätewelt, die Diktatur des Proletariats auf der einen Seite, die Diktatur der Bourgeoisie auf der anderen Seite vorhanden, die Doppelherrschaft. ¹²

„Worin besteht die Doppelherrschaft? Darin, dass sich neben der provisorischen Regierung der Bourgeoisie eine noch schwache, erst in Keimform vorhandene, aber dennoch unzweifelhaft wirklich existierende und erstarkende andere Regierung herausgebildet hat: die Sowjets der Arbeiter -und Soldaten – deparlamentierten.“ Die Bolschewiki verkündeten, dass die Macht allein von den Sowjets ausgehen sollte, die 1000 Mal demokratischer als die provisorische Regierung seien.

„Keine parlamentarische Republik – von den Sowjets der Arbeiterdeparlamentierten zu dieser zurückzukehren, wäre ein Schritt rückwärts - , sondern eine Republik der Sowjets der Arbeiter-,Landarbeiter- und Bauern Deparlamentierten im ganzen Lande, von unten bis oben.“¹³

Diese Losung wurde Realität und die provisorische Regierung wurde von den Arbeitern und Bauern unter Führung der Bolschewiki gestürzt. Der Krieg wurde beendet, der Boden der Großgrundbesitzer unter den Bauern verteilt, Kapitalisten enteignet und der Aufbau des ersten Arbeiter- und Bauernstaates wurde in Angriff genommen. ¹⁴

In Russland wurde das geschafft, was allen den kämpfenden Massen in allen vorangegangenen Revolutionen nicht gelang, die Arbeiterklasse wurde

¹² Vgl. Geschichte der KPdSU, kurzer Lehrgang, Verlag für Fremdsprachige Literatur, Moskau 1945, S.219ff.

¹³ LW 24, S.5.

¹⁴ Vgl. Geschichte der KPdSU, kurzer Lehrgang, Verlag für Fremdsprachige Literatur, Moskau 1945, S.280.

zu einem Hegemon, zog alle anderen werktätigen Schichten an seine Seite und die Bourgeoisieherrschaft wurde gestürzt.

„Früher gingen die Dinge gewöhnlich so vor sich, dass die Arbeiter während der Revolution auf den Barrikaden kämpften, ihr Blut vergossen, das Alte stürzten, die Macht aber in die Hände der Bourgeois geriet, die dann die Arbeiter Unterdrückten und Ausbeuteten. So war es in England und Frankreich. So war es in Deutschland. Bei uns waren die Arbeiter nicht nur die Stoßkraft der Revolution.

Als Stoßkraft der Revolution suchte das russische Proletariat gleichzeitig der Hegemon, der politische Führer aller ausgebeuteten Massen zu sein, indem es diese Massen um sich scharrte, sie von der Bourgeoisie losriss und die Bourgeoisie politisch isolierte. Und als Hegemon der ausgebeuteten Massen kämpfte das russische Proletariat ständig dafür, die Macht zu erobern und sie im eigenen Interesse gegen die Bourgeoisie gegen den Kapitalismus auszunutzen. Daraus erklärt sich denn auch, dass jeder machtvolle Ausbruch der Revolution in Russland im Oktober 1905 wie auch im Februar 1917, die Sowjets der Arbeiterdeputierten auf die Bildfläche brachte, als die Keimform des neuen Machtapparates, der dazu berufen ist, die Bourgeoisie zu unterdrücken – im Gegensatz zum bürgerlichen Parlament als dem alten Machtapparat, der dazu berufen ist, das Proletariat zu unterdrücken.¹⁵ Im letzten Kapitel widmen wir uns dem sozialistischen Staat etwas genauer.

Deutschland 1918

In Deutschland bestand bis 1918 keine eigenständige revolutionäre marxistische Partei wie in Russland. Die deutsche Sozialdemokratie, welche sich seit den 1860er-Jahren zu formieren begann, hatte großen Einfluss in Gewerkschaften und Genossenschaften, war allerdings ein „Wahlverein, in dem die Ideologie der Überschätzung der Mitgliederzahl herrschte. Sie war orientiert an auf die Erreichung höherer Stimmenzahlen bei den Wahlen und die Durchsetzung friedlicher Reformen“.¹⁶

¹⁵ J. Stalin: Über Lenin, Verlag für Fremdsprachige Literatur, Moskau 1946, S.57

¹⁶ W. Ulbricht, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1, S.11

1914 billigte die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag die Kriegskredite und begann offenen Verrat an der Arbeiterklasse und stellten sich auf die Seite der imperialistischen Bourgeoisie. Karl Liebknecht, eine Stimme des revolutionären Marxismus, widersetzte sich als einziger diesem Verrat. 1918 kam es auch in Deutschland zur Gründung von Arbeiter und Soldatenräten, nachdem der Krieg zwar objektiv verloren war, Teile der Herrschenden ihn aber dennoch bis zum bitteren Ende ausfechten wollten und die Matrosen und Soldaten folglich desertierten. Die Räte bildeten sich vor allem, um dem Krieg ein Ende zu setzen. In Berlin, München und Bremen kam es zur Gründung von Räterepubliken, welche wie in Russland 1917 die kapitalistische Staatsmacht durch die Macht der ArbeiterInnen und SoldatenInnen Räte ersetzen sollten. Die Räterepubliken in Deutschland wurden jedoch unter der rechten Sozialdemokratie niedergeschlagen. Es wurde ein Krieg im inneren gegen die neuen demokratischen Institutionen gegen die Macht der ArbeiterInnenklasse geführt. Anstelle der Räterepublik und einer sozialistischen Umwälzung kam es in Deutschland letztendlich lediglich zu einer bürgerlichen Demokratie. Die Sozialdemokratie wurde von vielen Arbeitern noch mit dem Sozialismus verbunden. Dass ihre „Sozialisierung“ Ideen auf eine Aussöhnung mit den Kapitalisten hinaus liefen, war in der Arbeiterklasse wenig bekannt. Die KPD gründete sich mitten in der Revolution und konnte keine führende Rolle einnehmen, wie es die Bolschewiki taten. Dies ist unbestreitbar ein Hauptgrund dafür, dass die Revolution nicht über eine Bürgerlich-Demokratische hinaus ging. Die bürgerliche Demokratie wurde erkämpft, die revolutionäre Arbeiterklasse geschlagen.

Zwischenfazit

Alle Versuche des Proletariats, sich neben der Bourgeoisie zu emanzipieren, also auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie als eine Partei neben anderen und nicht im Kampf gegen die bürgerliche Ordnung als ganze müssen notwendig scheitern. Ursprünglich als Fortschritt zu der feudal absolutistischen Herrschaft und als Mittel gegen ihre Wiederkehr stellte sich der auf die Ziele des Bürgertums begrenzte Nutzen der parlamentarischen Demokratie der Arbeiterklasse schnell da. Hoffnungen auf die Befreiung der Arbeit innerhalb der bürgerlichen Ordnung wurden durch die Gewalt der Bourgeoisie schnell zur Nichte gemacht. Genau wie der Feudalstaat Ausdruck der Herrschaft der Aristokratie ist, ist die parlamentarische Demokratie Ausdruck der Herrschaft der KapitalistInnen.

Doch Demokratie ist nicht gleich Demokratie. Entscheidend im Ausgang der russischen Revolution war die Hegemonie der Bolschewiki, welche die bürgerliche Revolution über sich hinaus zur sozialistischen führte. Dies ging aber nur durch die revolutionäre Abrechnung mit der bürgerlichen Demokratie.

3. Unmöglichkeit der Emanzipation innerhalb der parlamentarischen Demokratie

„DIE ALLMACHT DES „REICHTUMS“ IST IN DER DEMOKRATISCHEN REPUBLIK DESHALB SICHERER, WEIL SIE NICHT VON EINER SCHLECHTEN POLITISCHEN DES KAPITALISMUS, UND DAHER BEGRÜNDET DAS KAPITAL, NACHDEM ES (...) VON DIESER BESTEN HÜLLE BESITZ ERGRIFFEN HAT, SEINE MACHT DERART ZUVERLÄSSIG, DERART SICHER, DASS SICHER KEIN WECHSEL, WEDER DER PERSONEN NOCH DER INSTITUTIONEN NOCH DER PARTEIEN DER BÜRGERLICH-DEMOKRATISCHEN REPUBLIK, DIESE MACHT ERSCHÜTTERN KANN.“ (LENIN)¹⁷

»ALLE DINGE DA WAREN GESETZWIDRIG, SO GESETZWIDRIG WIE DIE REVOLUTION SELBST, WIE DER STURZ DER MONARCHIE UND DER BASTILLE, SO GESETZWIDRIG WIE DIE FREIHEIT SELBER. MAN KANN KEINE REVOLUTION OHNE REVOLUTION WOLLEN«. (ROBESPIERRE)

¹⁷ LW 25, S.405

Wandel der Funktion des Parlaments

Nachdem die revolutionäre Arbeiterbewegung, die im Kampf für die Räte-macht in Deutschland auf der Straße war, durch den weißen Terror zer-schlagen und der Rest der Arbeiterbewegung integriert, im Staat repräsen-tiert und um den revolutionären Stachel gebracht, wurde die parlamentari-sche Demokratie zunehmend zum Werkzeug der Herrschenden, mit dem jeder Versuch einer „roten“ Republik ein Riegel vorgeschoben wurde. Hier soll nicht der Gedanke vertreten werden, bei der parlamentarischen Demo-kratie hätte es sich je um ein klassenneutrales Emanzipationsinstrument gehandelt. Sie war und ist eine Form, in der die Bourgeoisie ihre Diktatur über den Rest der Gesellschaft ausübt. Der Kampf für das allgemeine Wahl-recht war im 20. Jh. aber dennoch unbedingt verknüpft mit dem Klassen-kampf des Proletariats. Luxemburg schrieb 1912 über das Frauenwahlrecht: „Um das Frauenwahlrecht handelt es sich als Ziel, aber die Massenbewegung dafür ist nicht Frauensache allein, sondern gemeinsame Klassenangelegenheit der Frauen und Männer des Proletariats. Denn die Rechtlosigkeit der Frau ist heute in Deutsch-land nur ein Glied in der Kette der Reaktion, die das Leben des Volkes fesselt, und sie steht im engsten Zusammenhang mit der anderen Säule dieser Reaktion: mit der Monarchie. In dem heutigen großkapitalistischen, hochindustriellen Deutschland des zwanzigsten Jahrhunderts, im Zeitalter der Elektrizität und der Luftschiffahrt ist die politische Rechtlosigkeit der Frau genau ein so reaktionäres Überbleibsel alter, ge-lebter Zustände wie die Herrschaft des Gottesgnadentums auf dem Throne.“¹⁸

Das Stimmrecht musste gegen die Bourgeoisie, welche sich an „Überbleib-sel gelebter Zustände“ klammerte, um ihre Herrschaft zu sichern, erkämpft werden und reihte sich so in den Klassenkampf für den Sozialismus ein. Nicht das Wahlrecht an sich, sondern die Bedeutung seiner Erkämpfung zur

¹⁸ RLGW 3, S.161.

Hebung des Klassenbewusstseins der Massen war ausschlaggebend für die progressive Funktion dieses Kampfes.

„Die Marxsche Auffassung besteht ja gerade in der Beachtung der Masse und ihres Bewusstseins als des bestimmenden Faktors bei allen politischen Aktionen der Sozialdemokratie. Im Geiste dieser Auffassung ist auch der politische Massenstreik – wie der ganze Kampf um das Wahlrecht – schließlich doch nur ein Mittel zur Klarsenaufklärung und Organisation der breitesten Schichten des Proletariats.“¹⁹

Das allgemeine Wahlrecht, wie die Zulassung von arbeiter- und sogar kommunistischen Parteien war sicherlich keine Herzensangelegenheit der Bourgeoisie. Die ureigene Institution der Bourgeoisie musste jetzt ihre Feinde (nicht mehr ihre alten, sondern ihre neuen) in ihnen dulden. Die Spaltung der Klasse in Sozialdemokraten und Kommunisten war allerdings ein Segen für die herrschende Klasse.

Die SPD war nicht nur eine allein auf Wählerstimmen und Parlamentssitze fixierte Partei, sondern nahm in der Weimarer Republik eine objektiv konterrevolutionäre Rolle an. Die Bourgeoisie verstand es indes in der Phase der Stabilisierung zunehmend soziale Konflikte auf Scheinkonflikte wie Wahlkämpfe umzumünzen.

Die heutige „Demokratie“ wird in Deutschland durch die Macht des/der BundeskanzlersIn bestimmt, welcher die Richtlinien der Politik vorgibt. Mit dem ihm untergeordneten Kanzleramt wird nach unten durchregiert. Die Gewaltenteilung geht zugunsten der Exekutive und der Verwaltung aus, dem Parlament kommt mehr und mehr nur noch die Bedeutung zu, das oben Entschiedene dem Volk zu verkünden. Die Bezeichnung des Parlaments als „Schwatzbude“ passt heute noch besser als zur Zeit als Marx sie so zu nennen pflegte. Die Bundesregierung ist auf engste mit den Interessengruppen der Wirtschaft verzahnt, die Zusammenarbeit ist sogar von der Geschäftsordnung vorgeschrieben. Auf etlichen Gesetzesvorlagen ist der direkte

¹⁹ RLGW 2, 352

Stempel der Unternehmerverbände zu sehen. Die strukturelle Verbundenheit von Monopolkapital und Regierung äußert sich u. a. in dem, was Lenin Personalunion nannte, „heute Minister, morgen Bankier, heute Bankier, morgen Minister.“ Die Mitbestimmung des Volkes äußert sich in der alle vier Jahren abgegebenen Stimme, welche die Zusammensetzung des Parlaments bestimmt. Auf den Kurs der Regierung haben die WählerInnen und auch das Parlament kaum einen Einfluss, die einmal einberufene Regierung bleibt fest im Sockel bis zur nächsten Wahl. Zwar gelangt die Regierung durch ein demokratisches legitimes Verfahren an die Macht, regiert dann aber fast ohne jeglichen Einfluss von „unten“. ²⁰

Die parlamentarische Demokratie hält den Schein der Mitbestimmung aufrecht. Die scheinbare Pluralität im Parlament verdeckt, dass die reale Macht im Monopolkapitalismus aufs Höchste konzentriert ist. Wirklich souveräne Parlamente gab es, wenn überhaupt in den Anfängen der bürgerlichen Gesellschaft. Wo das Proletariat sich den Wahlzettel erkämpft, muss der Staat das Parlament abschaffen oder formal beibehalten, real aber entmachten. Die Ideologie, Klassenkämpfe lassen sich im Wesentlichen im Parlament austragen und wirkliche Veränderungen bewegen („parlamentarischer Kretinismus“) ist damals wie heute ein Hauptmerkmal des Revisionismus. KommunistInnen betonen seit Marx immer wieder, dass der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus nur mit dem Zerschlagen des bürgerlich kapitalistischen Staates vor sich gehen kann und nicht mit seiner Übernahme nach einem Wahlsieg.

²⁰ Vgl. Europa heute, morgen die Welt?, Deutsche Großmachtspolitik in fünf Etappen, edition ost 2014, S. 147f.

Der Schein der Mitbestimmung / Veränderung der Basis

Während zu Beginn der Industrialisierung der Staat im inneren mehr die Aufgabe hatte, Rechtsverstöße zu ahnden und das streikende Proletariat zu vermöbeln, kommen dem imperialistischen Staat eine Vielzahl neuer Aufgaben hinzu. Die Ablösung der freien Konkurrenz durch die Monopolisierung des größten Anteils des Kapitals in einigen wenigen Händen macht neue Ordnungsformen nötig. Der Staat muss zunehmend in die Wirtschaft zugunsten der Monopolprofite eingreifen und wird selbst zu einem wirtschaftlichen Akteur. In Zeiten der Wirtschaftskrise rettet er den Kapitalismus vor dem Kollaps in dem er Banken rettet und Hilfspakete für die Industrie schnürt. Von den Theoretikern der rechten Sozialdemokratie wurde der „organisierte Kapitalismus“ als Zeichen für den allmählichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus gedeutet.²¹ Zwar ist insofern etwas daran, da die zunehmende Vergesellschaftung der Produktion in einen Widerspruch mit der privaten Form der Aneignung des mehr Produktes gerät, was sich in der Notwendigkeit eines stärkeren Staates zeigt. Dieser kann die Widersprüche am Ende allerdings doch nicht aufheben. Aber nicht in dem Sinne, dass man Stückchen für Stückchen dem Sozialismus einführt, wenn man auf die Entwicklung des Kapitalismus wartet. Lenin schrieb zu dieser reformistischen Theorie:

„Die „Nähe“ eines solchen (monopolistischen oder staatsmonopolistischen Anm.V.) Kapitalismus zum Sozialismus muß für wirkliche Vertreter des Proletariats ein Beweisgrund sein für die Nähe, Leichtigkeit, Durchführbarkeit und Dringlichkeit der sozialistischen Revolution, keineswegs aber ein Argument dafür, daß man die Ab-

²¹ „Das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, das 1925 in Heidelberg angenommen wurde, stellte die Konzentration des Kapitals als einen Prozess des allmählichen Übergangs der Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum dar.“ Autorenkollektiv: Die Kommunistische Internationale, Kurzer historischer Abriss, VMB 1970, S.251

lehnung dieser Revolution und die Beschönigung des Kapitalismus, wie dies bei allen Reformisten zu finden ist, tolerant hinnehmen solle.“²²

Seit Bismarck interessiert sich der bürgerliche Staat auch für die Armen und schwachen. Der Sozialstaat kümmert sich, auch wenn mehr schlecht als recht um die vom Broterwerb ausgeschlossene Arbeitslosen. Dies befördert die Ideologie, der Staat sei für die ganze Gesellschaft da. Wichtig ist hier zu bemerken, dass der Staat eine soziale Ader nur insoweit hat, wie dies den Interessen des Kapitals von Vorteil ist. So ein Eingreifen des Staates ist nach Luxemburg „eine Kontrolle der *Klassenorganisation des Kapitals über den Produktionsprozess des Kapitals*. Darin, d.h. in den Interessen des Kapitals, findet denn auch die Sozialreform ihre natürlichen Schranken.“²³

Hier bekommt Engels Rede vom Staat als „ideellen Gesamtkapitalist“ einen Sinn. Wäre ein einziger Kapitalist nicht in der Lage, die Arbeitsbedingungen in seinem Betrieb zu verbessern, zu dem Zweck, dass ihm die Arbeitskraft erhalten bleibt, ist der Staat dazu in der Lage, verpflichtende Fabrikgesetzgebungen für alle Kapitalisten seiner Nation zu erlassen. Warum ist der Einzelne dazu nicht in der Lage fragt man sich? Weil er durch solche Maßnahmen im Konkurrenzkampf mit anderen Kapitalisten notwendigerweise verlieren würde und sich so sein eigenes Grab schaufeln würde. Auch kann der Staat gegen die Interessen einzelner Kapitalisten handeln, um die kapitalistische Wirtschaft als ganze zu schützen.

²² LW 25, S. 456

²³ RLGW, 1 Erster Halbband, S.392

Von der Arbeiterpartei zur Volkspartei

Die Vorstellung, man könne mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie grundsätzliche Veränderungen zugunsten der ArbeiterInnenklasse herstellen, führt unweigerlich zu einer Versöhnung mit der Bourgeoisie. Die deutsche Sozialdemokratie ist ein blendendes historisches Beispiel dafür, wie sich eine Partei, die sich ehemals für die Interessen der ArbeiterInnenklasse einsetzt, Teil des bürgerlichen Staatsapparates wird und zu einem objektiven Feind der revolutionären Arbeiterbewegung mutiert. Die Integrationsleistung des bürgerlichen Parlaments ist ein Grund hierfür. Nicht mehr nach Klasseninteressen, sondern nach den Interessen des „ganzen Volkes“ wird die Linie ausgerichtet. Einen Kompromiss zwischen Arbeit und Kapital kann es allerdings nicht geben, gerade die Praxis des Klassenkompromisses führt zu einer Abkehr vom Klassenkampf und steuert die Arbeiterklasse in die Fänge der Bourgeoisie. Der Wille besser zu Regieren ist der Verzicht auf eine Systemalternative. Der Fokus liegt nun mehr in der Stärkung der Position innerhalb des bürgerlichen Staates, der Wahlsieg wird zur eigentlichen politischen Aufgabe, die außerparlamentarische Tätigkeit höchstens zum Beiwerk degradiert. Dies steht im kompletten Gegensatz zu den Aufgaben einer kommunistischen Partei.

Ein anderer Grund für den Übergang zum Opportunismus ist der Einfluss der in imperialistischen Staaten entstehenden Arbeiteraristokratie auf Teile der Arbeiterparteien. Diese verbürgerte Schicht der ArbeiterInnenklasse, welche heutzutage in den deutschen Gewerkschaften den Ton angibt, hat kein objektives Interesse an der Revolution, sondern kann es sich im Kapitalismus relativ gemütlich machen. Allein auf die Funktion des Wahlkampfes sei hier hingewiesen. Mit dem Ziel, möglichst viele Wählerstimmen abzugreifen, wird die Wahlkampagne nicht für eine, sondern für ein breites Spektrum sozialer Klassen ausgelegt, der Kompromiss drückt sich in klein-

bürgerlichen versprechen aus. Kommunistische Parteien, welche hauptsächlich das proletarische Klasseninteresse vertreten wollen, geraten hier schnell in einen Widerspruch zu ihrer Aufgabe. Viele revisionistische Parteien, welche kommunistisch nur noch dem Namen nach sind, setzten auf eine parlamentarische Strategie.

Die DKP und die Sozialdemokratisierung der Kommunisten

Die DKP begründet den Fokus auf das gewählt werden mit ihrer antimonopolistischen Strategie. Dieser Strategie zufolge will die DKP, dass die Arbeiterklasse zusammen mit allen demokratischen Kräften eine Gegenmacht zum Monopolkapital im Parlament aufbaut, um so die Gesellschaft in Richtung Sozialismus umzugestalten. Dass die „kleine“ Bourgeoisie sowie das Proletariat bei der DKP nicht Schlange steht, ist ein anderes Thema. Die Staatsform in der BRD wird von dieser Partei tatsächlich als etwas angesehen, welches sich im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung ausnutzen lässt, wenn man parlamentarische Mehrheiten hinter sich bringt. Die Teilnahme an Wahlen ist hier kein taktisches Kalkül (welches sich oft genug über die Strategie stellt), um auf ihrer eigenen Tribüne die bürgerliche Demokratie als Klassenherrschaft zu entlarven oder Ähnliches. Die bürgerliche Demokratie wird als möglicher Ort der Emanzipation betrachtet. Das Wahlverbot, gegen das sich die DKP erfolgreich wehren konnte, hätte der „Traditionspartei“ gewaltige Schwierigkeiten bereitet. Eine Partei, die ihre Existenz auf die Anerkennung durch den Staat und auf die Parteienfinanzierung durch den Staat angewiesen ist, kann kein ernst zu nehmender Gegner der kapitalistischen Ordnung sein.

Sollte der Wahlsieg einer Arbeiterpartei sich einstellen, blüht die Integrationsleistung des Staates um ein Vielfaches auf.

Lenin schreibt hierzu:

„Der bürgerliche Staat **gestattet** Arbeitern und Sozialdemokraten **den Zutritt** zu seinen Institutionen, zu *seiner* Demokratie so und nur so, daß er (a) sie durchsiebt und dabei die Revolutionäre aussiebt; (b) sie gefügig macht und Beamte werden lässt; „Ermattungsstrategie“ von seiten unserer Gegner, unserer Feinde; *Ermattungsstrategie von der anderen Seite!!* (c) daß er sie durch Bestechung Gewinnt: „*ihr bildet sie aus, und wir werden sie kaufen*“ ... (d) außer grober Bestechung greift er zu raffinierter Bestechung, bis zur *Schmeichelei*, on les cajole etc.; (e) er “beschäftigt sie, überhäuft sie mit „Arbeit“, erstickt sie unter Bergen von „Papier“, in der muffigen Atmosphäre von „Reformen und Reförmchen; (f) er demoralisiert sie durch die kleinbürgerliche Gemütlichkeit eines “kulturell“ erträglichen Philister Daseins.“²⁴ Einmal im bürgerlichen Staat eingerichtet, werden aus KommunistInnen schnell SozialdemokratInnen.

Systemgrenzen

Eine linke Regierung, die gewollt ist, mit diesem Staat für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse zu sorgen, wird außerdem an mehrere Systemgrenzen stoßen. Erstens auf den Widerstand der Bourgeoisie. Wenn die Produktionsmittel, die Banken etc. nicht gewaltsam in die Hände des Proletariats gelangen, hängt die Schärfe der Maßnahmen von der Gutmütigkeit der Bourgeoisie ab. Der alte Staatsapparat befindet sich noch unter ihrer Fuchtel. Der Staat besteht nicht nur aus Regierung und Parlament, sondern auch aus Geheimdiensten, Militär, Polizei, Verwaltungsorganen, Wirtschaftsapparate, Schulen und vielem mehr. Sie sind durch tausend Drähte vernetzt und jederzeit können sie ihr Kapital ins Ausland abziehen, sollten sozialpolitische Maßnahmen zu sehr an der Brieftasche der KapitalistInnen zerren.

Wenn diese Organe nicht zerschlagen und durch solche der proletarischen Staatsmacht ersetzt werden können, wenn die Repressionsapparate noch auf der Seite der Bourgeoisie stehen, gelingt nichts und die Reaktion hat leich-

²⁴ Lenin: Marxismus und Staat, S.71

tes Spiel. Außerdem, setzt jedes große Reformprogramm eine hohe Wirtschaftsleistung voraus und somit die Notwendigkeit einer bürgerlichen Regierung die Kapitalakkumulation am laufen zu halten.

Bürgerliche Parteien gehen diesen kleinen Kompromiss gerne ein, da er im Nachhinein doch nichts Reales bedeutet. Die Parlamentarier sind ihren Wählern gegenüber nicht verpflichtet, sondern folgen meist der strikten Fraktionsdisziplin, auch wenn sie formell sogar nur ihrem Gewissen verpflichtet sind. Sie ordnen sich also im Interesse ihrer Fraktion unter. Umsetzung der Wahlversprechen, werden von Systemnotwendigkeiten in einem imperialistischen Staat und direkt von wirtschaftlich, sozial etc. mächtigen Einflussgruppen bestimmt. Daraus folgt, dass die Wahlversprechen in den Wahlprogrammen oft auch nur versprechen bleiben, die so nicht umgesetzt werden. Die Eigenständigkeit der Parlamentarier ist noch ein großes Plus für den Erhalt der bürgerlichen Ordnung. Einmal an die Notwendigkeiten des Parlaments gewöhnt und integriert gibt es keine Möglichkeit, von „außen“ einzugreifen.

Schauen wir uns nun einmal in kürze jene anerkannten Parteien an, die vorgeben eine Alternative links der Regierung darzustellen.

Linkspartei

Die Partei, Die Linke schmückt sich mit der Worthülse „demokratischer Sozialismus“. Die Unentschiedenheit dieses Begriffs hat die Funktion, die verschiedenen Fraktionen der Linkspartei um diesen zu sammeln und schafft keine wirkliche Einheit. Klar ist jedoch, dass der „demokratische Sozialismus“ mit der BRD nicht brechen will. Demokratisch heißt hier bürgerlich demokratisch, auch wenn die parlamentarische Demokratie durch basisdemokratische Elemente ergänzt werden soll. Sozialismus heißt hier Sozialstaat, nicht einmal die angeblich „radikale“ Janine Wissler konnte sich im Sommerinterview dazu durchringen, in ihrer „Traumwelt“ die Ban-

ken verstaatlicht zu sehen. Die Linke will mit regieren und ist dafür bereit, von einigen Grundsätzen abzuweichen, selbst ihre außenpolitischen Positionen geraten ins Schwanken, wie wir jüngst in Bezug auf Afghanistan und die Koalitionsdebatten sehen konnten.

In Bremen, wo Die Linke mitregiert, wurden unter Claudia Bernhard bei der „Gesundheit Nord“, einem Klinikverbund, ganze 500 Stellen gestrichen. Und das in Zeiten des Pflegenotstands und der Pandemie. Im Europaparlament setzte sich die Partei für die Gleichsetzung von Kommunismus und Faschismus ein. Die Liste läßt sich endlos weiterführen. Viele Teile der linken Szene haben Illusionen in die Partei, besonders jene, die finanziell von der PdL abhängig sind. Zwar hat die PdL einige linke Mitglieder, im ganzen aber eine sozialdemokratische Partei und bleibt dies. Die Linkspartei ist keine Partei des Sozialismus. Sie ist höchstens eine Partei des „netteren Kapitalismus“.

Abflachung des Klassenkampfes

Der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie wird durch den Streit zwischen den Kollegen der Regierung und der Opposition ersetzt. Das Proletariat wird von einem „Staatsgefährder“ zu einem guten Bürger. Der Scheinkampf im Parlament führt in der Arbeiterklasse zu falschen Hoffnungen: jede Diskussion im Parlament ist auch bloß eine Diskussion innerhalb des Parlaments.

„Jede parlamentarische Tätigkeit, die in ihrem Wesen und in ihrer Wirkung nicht über das Parlament hinausgeht, nicht wenigstens die Tendenz zur Sprengung des parlamentarischen Rahmens hat, ist opportunistisch. Hierbei kann die schärfste Kritik, die *innerhalb* dieses Rahmens ausgeübt wird, nicht das geringste ändern. Im Gegenteil. Gerade durch die Tatsache, dass eine scharfe Kritik durch die bürgerliche Gesellschaft im Rahmen des Parlaments *möglich* erscheint, wird zu der von der Bourgeoisie erwünschten Trübung des proletarischen Klassenbewusstseins beigetragen. Die Fiktion der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie beruht ja gerade dar-

auf, dass das Parlament nicht als ein Organ der Klassenunterdrückung, sondern als Organ des „ganzen Volkes“ erscheint. In dem jeder Wortradikalismus – durch die Tatsache seiner parlamentarischen Möglichkeit – die Illusionen der unaufgeweckten schichten des Proletariats in Bezug auf diese Fiktion bestärkt, ist er opportunistisch und verwerflich.“²⁵

Die kapitalistische Staatsmaschine kann, wie Marx und Engels aus den Erfahrungen der Kommune schlussfolgerten, nicht vom Proletariat in Besitz genommen werden, wie es die Bourgeoisie zum Teil mit dem absolutistischen Staat machen konnte. Das Proletariat muss diesen Staat zerschlagen und einen neuen an seine Stelle setzen, der die alte Ausbeuterklasse nieder hält.

Die Grünen

Als ökologische und moderne Alternative zu den veralteten Volksparteien präsentieren sich die Grünen. Die zu Teilen aus radikal linken Zusammenhängen entstandene Partei hat sich längst von ihren Wurzeln gelöst. Ihr Klimaaktivismus ist mehr Schein als Sein, würden sie doch ihre Großspender aus der Industrie nie ernsthaft in die Mangel nehmen. Das Kapital fordert Modernisierung. E-Autos statt Verbrenner, den Klimawandel wird man dadurch nicht in den Griff bekommen. Zudem stehen die Grünen sinnbildlich für Krieg. Joschka Fischer rechtfertigte bekanntlich den Kosovokrieg mit der Parole „nie wieder Auschwitz“ und Baerbock bringt sich in Frontstellung gegen China und Russland. Die Ökokrieger werden uns nicht aus der Patsche holen, vielmehr bieten sie als pseudo- progressive Alternative einen guten Deckmantel für die Interessen des Monopolkapitals.

Mit Marx können wir festhalten, das wir uns als Wähler „...in der Lage von Buridans Esel [befinden], zwar nicht zwischen zwei Säcken Heu, um zu

²⁵ Georg Lukàcs: Zur Frage des Parlamentarismus, in: *Ästhetik, Marxismus, Ontologie, Ausgewählte Texte*, Suhrkamp 2021. S. 270.

entscheiden, welcher der anziehendere, wohl aber zwischen zwei trachten Prügel, um zu entscheiden, welche die härtere sei.“²⁶

Zwischenfazit

Wir sehen also: Auf alle Parteien innerhalb der parlamentarischen Demokratie ist kein Verlass. Der bürgerliche Staat lässt sich nicht für die Interessen des Proletariats in Bewegung setzen und die Teilnahme von Kommunisten an der Wahl führt häufig zur Sozialdemokratisierung dieser. Jede Form der Partizipation im Parlament, die sich auf die Spielregeln desselben einlässt ist opportunistisch und gehört bekämpft. Der bürgerliche Staat muss zer schlagen werden, sollen die Interessen der Werktätigen zur Geltung kommen. Mit einem Wechsel des herrschenden Personals ist wenig gewonnen.

²⁶ MEW 8, S.190

4. Faschismus

„DER FREIEN KONKURRENZ ENTSpricht DIE DEMOKRATIE. DEM MONOPOL ENTSpricht POLITISCHE REAKTION.“ (LENIN)²⁷

„DER MACHTANTRITT DES FASCHISMUS IST NICHT DIE EINFACHE ERSETZUNG EINER BÜRGERLICHEN REGIERUNG DURCH EINE ANDERE, SONDERN DIE ABLÖSUNG EINER STAATSFORM DER KLASSENHERRSCHAFT DER BOURGEOISIE, DER BÜRGERLICHEN DEMOKRATIE, DURCH EINE ANDERE, DURCH DIE OFFENE TERRORISTISCHE DIKTATUR. DIE IGNORIERUNG DIESES UNTERSCHIEDS WÄRE EIN ERNSTER FEHLER.“ (DIMITROV) ²⁸

²⁷ LW 23, S.34

²⁸ G. Dimitrov, ausgewählte Reden und Schriften (DRS) Bd. 2, S. 527

Die Geschichte zeigt, dass die demokratische Republik nicht die einzige Form bürgerlicher Herrschaft ist. Der Faschismus ist die „Diktatur der am meisten reaktionären, imperialistischen und chauvinistischen Elemente des Finanzkapitals“ (Dimitrov) und somit der Todfeind der Arbeiterklasse und allen fortschrittlich denkenden und handelnden Menschen. Zwar steht die faschistische Herrschaft im krassen Gegensatz zu den Idealen der Französischen Revolution aber nicht im Gegensatz zur Klassenherrschaft der Bourgeoisie. Im Faschismus herrscht noch die gleiche Klasse wie in der bürgerlichen Demokratie, nur hat sich die Form ihrer Herrschaft geändert.

Nicht überall kommt der Faschismus gleich an die Macht, überall steht er jedoch der parlamentarischen Demokratie feindlich gegenüber, da diese der Arbeiterbewegung in gewissem Rahmen legale politische Arbeit ermöglicht.

„In gewissen Ländern, vor allem dort, wo der Faschismus keine breite Massenbasis besitzt und wo der Kampf zwischen den einzelnen Gruppierungen im Lager der faschistischen Bourgeoisie selbst ziemlich stark ist, entschließt er sich nicht sofort, das Parlament zu liquidieren, und beläßt den anderen bürgerlichen Parteien und auch der Sozialdemokratie eine gewisse Legalität. In anderen Ländern, wo die herrschende Bourgeoisie einen *nahen* Ausbruch der Revolution befürchtet, errichtet der Faschismus seine schrankenlose politische Monopolherrschaft entweder mit einem Schlag oder aber durch immer größere Steigerung des Terrors und der blutigen Auseinandersetzung mit allen konkurrierenden Parteien und Gruppierungen. Das schließt jedoch nicht aus, daß der Faschismus in dem Augenblick einer *besonderen* Verschärfung seiner Lage Versuche macht, seine Basis zu erweitern, und, ohne sein Klassenwesen zu ändern, die offene terroristische Diktatur mit einer groben Verfälschung des Parlamentarismus zu *vereinigen*.“²⁹

Die nationalen Eigenarten des Faschismus, welcher sich zum ersten mal in Italien der Herrschaft ermächtigte, sollten wir natürlich nicht ausklammern, hat doch der Antisemitismus in Deutschland, eine besonders schreckliche Rolle gespielt. Dennoch ist festzuhalten, dass

„In so unterschiedlichen Ländern wie Litauen, Kroatien, Rumänien, Ungarn und Spanien, ein ähnliches faschistisches Muster entstand, um sein Mög-

²⁹ DRS 2, S. 526f.

lichstes zu tun, um das Großkapital vor den Zwängen der Demokratie zu retten.“³⁰

Der Wille der herrschenden Klasse zur Errichtung einer faschistischen Diktatur kommt dann und dort auf, wo ökonomische Krisen die Sicherheit der kapitalistischen Gesellschaft bedrohen. Die organisierte ArbeiterInnenklasse soll widerstandslos gemacht und der Bevölkerung die Rechnung der Krise überreicht werden. Die Gefahr einer proletarischen Revolution stärkt das Interesse der Herrschenden nach brutaler Unterdrückung der ArbeiterInnenklasse, doch nur eine erfolgreiche Revolution kann die Wurzel des Faschismus, den Imperialismus beseitigen.

Die SPD in der Weimarer Zeit versuchte verfassungsmäßig gegen die Faschisten vorzugehen. Sie akzeptierten Hitlers Vorgänger als „ein kleineres Übel“ und entschlossen sich für ein unentschlossenes Vorgehen gegen Hitler, da sie ihn noch „zur Vernunft bringen“ wollten. Die Losung des Generalstreiks, welche von der KPD ausgegeben wurde, nahm die sozialdemokratische Führung, welche massiven Einfluss auf die Gewerkschaften besaß, nicht an. Der gemeinsamen außerparlamentarischen Klassenaktion des Proletariats, welche unserer Ansicht nach die letzte Chance gegen den Aufstieg des Faschismus war, wurde so ein Riegel vorgeschoben. Die Politische Feindschaft der beiden Parteien mag ein Grund gewesen sein, ein anderer war der Glauben der SPD Führung an die bürgerlichen Institutionen, der

³⁰ „Here were two peoples, the Italians and Germans, with different histories, cultures, and languages, and supposedly different temperaments, who ended up with the same repressive solutions because of the compelling similarities of economic power and class conflict that prevailed in their respective countries. In such diverse countries as Lithuania, Croatia, Rumania, Hungary, and Spain, a similar fascist pattern emerged to do its utmost to save big capital from the impositions of democracy“ M. Parenti, Blackshirts and Reds, Rational Fascism & the overthrow of communism, City light books, San Fransico, S.6;

Rechtsfetischismus und parlamentarische Kretinismus, der mit einem bürgerlichen Klassenstandpunkt einhergeht.

Für demokratische Rechte wie bspw. das Versammlungsrecht zu kämpfen bleibt eine Notwendigkeit, da autoritäre Herrschaftsformen eine bedeutend schlechtere Ausgangssituation für den Befreiungskampf der ArbeiterInnenklasse darstellen. Jedoch wäre es ein Fehler zu behaupten, die BRD bewege sich durch die Ausweitungen von Repression u. a. unmittelbar auf den Faschismus zu. Klarheit über die jeweilige Herrschaftsform ist entscheidend für eine richtige Strategie und Taktik. Während in bürgerlichen Demokratien ein großer Teil des Kampfes der Entlarvung des Revisionismus in der ArbeiterInnenbewegung gewidmet werden muss, kann es bei drohender faschistischer Gefahr notwendig sein, mit sozialdemokratischen und anderen bürgerlich - demokratischen Kräften zusammen gegen den Faschismus zu stehen.

Zwischenfazit

Das Vorangegangene soll zeigen, dass antifaschistische Arbeit notwendigerweise immer auch ein antikapitalistischer Kampf sein muss. Der kommunistische Antifaschismus greift den Faschismus an seiner Wurzel an, dem Imperialismus. Der Faschismus kann nicht bloß mit legalen Mitteln bekämpft werden. Ob es zu einer faschistischen Diktatur kommt, hängt nicht nur von Wahlergebnissen, sondern vom Nutzen des Faschismus für das Finanzkapital ab. Wir können den Faschismus also nicht einfach abwählen. Zur Vermeidung des Faschismus müssen Kommunisten auf verschiedene Taktiken und Strategien zurückgreifen und evtl. Klassenbündnisse eingehen. Diese Klassenbündnisse dürfen die KommunistInnen jedoch nicht von dem notwendigen Kampf außerhalb des legalen Rahmens und des Kampfes für den Sozialismus abhalten.

5. Strategie und Taktik

„WENN DIE LINKE IM PARLAMENT SIEGEN WOLLTE, DURFTE SIE NICHT ZU DEN WAFFEN RUFEN. WENN SIE IM PARLAMENT ZU DEN WAFFEN RIEF, DURFTE SIE SICH AUF DER STRASSE NICHT PARLAMENTARISCH VERHALTEN.“ (MARX)³¹

³¹ MEW 8, S.144

Einen unveränderbaren Standpunkt zur Beteiligung an den Wahlen innerhalb der parlamentarischen Demokratie können wir als Kommunisten nicht haben. Wir verstehen es als unsere Pflicht, immer anhand von Fakten eine konkretere Analyse der konkreten Situation zu betreiben und abzuwägen, wie sinnvoll oder nützlich eine Wahlbeteiligung für uns sein kann. Dabei gilt es, sich an verschiedenen Fakten und Theorien zu orientieren. Einige Grundsätze haben wir im Folgenden zusammengefasst.

Während die strategische Ausrichtung für eine Etappe des Klassenkampfes wesentlich gleich bleibt, können taktische Mittel auch innerhalb einer Etappe wechseln, je nachdem ob sie dem Ziel einer sozialistischen Revolution in konkreten Momenten beiträglich sind oder nicht.

Das Parlament wird von KommunistInnen nicht als Ort der möglichen Umwälzung der Gesellschaft zugunsten der Arbeiterklasse, sondern in erster Linie als ein Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie angesehen. Jedoch gibt es Argumente dafür, das Parlament für den Klassenkampf „auszunutzen“. Lenin schreibt, man sollte das Parlament „nicht wie bisher, sondern nur à la Karl Liebknecht, d. h. (a) für die revolutionäre Aktion an der Spitze und nicht im Nachtrab der Bewegung; - (b) zur Unterstützung der revolutionären Massenbewegung; - (c) unter ihrer Kontrolle; - (d) in ständiger Verbindung von legaler und illegaler Arbeit; - (e) in ständigem Kampf bis zum Ende, bis zum Bruch mit den Opportunisten und den Beamten der Arbeiterbewegung“³²gebrauchen.

Diese Taktik klingt einleuchtend, jedoch lauern viele Gefahren in ihr. Historisch hat sich gezeigt, dass trotz einer Linie die die rein taktischer Nutzung des Parlaments proklamiert, viele kommunistische und Arbeiterparteien dem Sog der legalen Arbeit nicht entkamen und „wie schon so oft in der

32 Lenin Marxismus und Staat, S. 70f.

Geschichte traditioneller Arbeiterparteien (die Taktik), die Strategie verschlingt“.³³

Man muss außerdem bemerken, dass ein großer Teil der proletarischen Bevölkerung überhaupt keine Illusionen in die bürgerliche Demokratie steckt. Das Argument, man würde ultralinke Politik betreiben, wenn man in der jetzigen Situation jede Teilnahme an der Wahl vermeidet, ist hinfällig.

„Vor einem halben Jahrhundert verwarf Lenin die linke Parlamentarismuskritik mit dem berühmten Argument: Die Kommunisten wüßten zwar, daß das Parlament ein Klassenorgan der Bourgeoisie sei; die Proletarier hingegen glaubten immer noch an das Parlament. Dieses Argument wurde inzwischen kanonisiert und dient als Legitimation des parlamentarischen Wegs zum Sozialismus. Die Kanonisierung geht offensichtlich von einer Arbeiterklasse aus, die nie etwas dazulernt und daher immer noch am Glauben festhält. Vierzig Jahre nach Lenins Argumentation läßt sich indes feststellen, daß nicht das Proletariat, sondern nur noch die Führung der westlichen kommunistischen Parteien an das Parlament glauben.“³⁴

Viele der westlichen kommunistischen Parteien haben die ursprüngliche Taktik umgedreht. Sie gehen nicht mehr von dem Hauptfeld des außerparlamentarischen Kampfes, dessen Ergänzung die Parlamentarische Aktion unter gewissen Umständen sein kann, aus, sondern legen das ganze Gewicht ihrer Arbeit auf die Generierung von neuen WählerInnen (was, wie wir oben angedeutet haben, selbst schon zur Aufweichung des Klassenstandpunktes führen kann). Durch den Anspruch, einen Wahlerfolg zu erzielen, und der deshalb breit gefächerten, nicht nur auf die Arbeiterklasse ausgelegten Wahlkampagnen sowie der daraus resultierenden „Zielverschiebung“ (der Zeitpunkt der Wahl wird nicht zur Aufklärung über Ausbeutersystem genutzt), haben diese Parteien für uns die Berechtigung als wirkliche kommunistische Parteien verloren.

³³ Agnoli: Revolutionäre Strategie und Parlamentarismus, in: Der Staat des Kapitals, ca. 1995, S. 95

³⁴ ebda, S. 103.

Wann und wie Parlamentarismus als taktisches Mittel?

Das Parlament ist ureigen der Bourgeoisie und kann deshalb nicht die wesentliche Waffe des Proletariats sein. Die Arbeit im Parlament ist nichts mehr als die Vorbereitung zum Kampf niemals der eigentliche Kampf selbst.

Der kommunistische Parlamentarier muss das Parlament im Parlament selbst bekämpfen. Daher sollte man keine Debatten auf Augenhöhe führen, sondern das Parlament als eindeutigen Widerspruch zum eigentlichen Kampf ansehen. Es kann zur ideologischen Vorbereitung des eigentlichen Kampfes genutzt werden (durch Propaganda und Verbreitung der Ideologie). Ziel bei der parlamentarischen Arbeit sollte es aber sein, mittels Provokation die Bourgeoisie zu taten zu zwingen, mit denen sie ihre Klassendiktatur selbst entlarvt. Gleichzeitig muss die Initiative hierfür immer beim Proletariat liegen, damit der Vorstoß der Bourgeoisie für das Proletariat nicht zum Verhängnis wird. Auch dürfen die Parlamentarier niemals den Augenblick für die Revolution auswählen, da dieser immer spontan von einer Massenbewegung passieren kann und sollte.

Auf Kommunisten im Parlament warten verschiedene Gefahren. Einerseits besteht die Gefahr des Parlamentarisch-Bleibens und somit dem taktischen Sieg der Bourgeoisie. Andererseits die Gefahr des Appells an die Massen in einem Moment, in dem es nicht den Massen selbst, sondern der Bourgeoisie nützt.

Auch darf man sich innerhalb der parlamentarischen Demokratie nicht von den Wahlergebnissen verwirren lassen. Wahl Stimmen bedeuten nicht gleich, dass hinter ihnen auch „tatsächliche Kommunisten“ stehen, welche für wirklich revolutionäre taten bereit wären.

Propaganda der Kommunisten ist darauf aus, das Klassenbewusstsein zu fördern. Die fortschrittlichen Teile sollen in der kommunistischen Partei

organisiert werden und durch die revolutionäre Tat die halb bewussten Teile mitgerissen werden. Die Wahlagitation bietet diese Möglichkeit nicht!

„Denn die Abgabe der Stimme ist nicht nur keine Tat, sondern was viel schlimmer ist: eine Scheintat, die Illusion einer Tat; sie wirkt deshalb nicht bewusstseinsfördernd, sondern im Gegenteil das Bewusstsein trübend. Es entsteht ein scheinbar großes Herr, das im Augenblick, wo ein ernstes Standhalten notwendig wird, völlig versagt“³⁵

Es geht bei Wahlagitation um das Umwerben der Unentschlossenen, was zur Aufweichung der Klassenposition führen kann. Wahlparolen stehen in keinem unmittelbaren Bezug zum Handeln und weisen eine Tendenz auf Verwischung der Gegensätze auf.

Schwierig für KommunInnen ist die Eigenständigkeit der parlamentarischen Fraktion, was den bürgerlichen Parteien zugute kommt ist für das Proletariat verhängnisvoll. Weil die Parlamentarier in die Rolle des reinen Parlamentarismus absinken.

„Dies kann nur dann vermieden werden, wenn die parlamentarische Tätigkeit bedingungslos der Außerparlamentarischen Zentrale unterworfen ist.“³⁶

Der parlamentarische Arm sollte ein Arm bleiben und nicht zum (hohlen) Kopf der KP werden.

Zur Zeit befinden wir uns in der BRD in einer Lage in der die kommunistische Bewegung am Boden ist. Die Erfordernisse der Etappe, in der wir uns befinden sind das Überwinden des Zirkelwesens, die Vereinheitlichung der kommunistischen Bewegung schließlich der Aufbau der KPD. In dieser gegenwärtigen Etappe erscheint uns parlamentarischer Kampf als eine nicht

³⁵ Georg Lukàcs: Zur Frage des Parlamentarismus, in: *Ästhetik, Marxismus, Ontologie, Ausgewählte Texte*, Suhrkamp 2021. S. 272ff.

³⁶ ebda: S. 274.

geeignete, ja noch nicht einmal mögliche Taktik zur Erreichung unserer strategischen Ziele. In anderen Etappen muss diese Frage erneut gestellt werden.

Zwischenfazit

Aus dem vorangehenden Teil ergibt sich, dass KommunistInnen niemals einen abgeschlossenen Standpunkt zu der Beteiligung an den Wahlen innerhalb der parlamentarischen Demokratie haben können. Das Parlament kann nur unter sehr eingeschränkten Bedingungen für den Klassenkampf des Proletariats genutzt werden und ist keineswegs ein notwendiges Mittel im Klassenkampf. Vielmehr kann der Parlamentarismus wenn überhaupt als Unterstützung für den eigentlichen, außerparlamentarischen Klassenkampf genutzt werden. Voraussetzung hierfür ist eine Starke, in den Massen verankerte KP, welche ihre Parlamentsfraktion unter Kontrolle hat. Heute, da wir keine KP in Deutschland haben, müssen wir jeder Illusion in die Wahlen entsagen. Wie an anderer Stelle gezeigt, unterstützt eine linke Opposition heute bloß Illusionen in den Parlamentarismus und wirkt sich schädlich auf die Organisation der Klasse aus. Kommt eine linke Kraft die in Regierungspositionen, wird sie schneller als ihr lieb ist zur Verwalterin des herrschenden Elends.

6. Diktatur des Proletariats und sozialistische Demokratie

Wir meinen bewiesen zu haben, dass es sich bei der bürgerlichen Demokratie um eine Form der „Diktatur der Bourgeoisie“ handelt und dass diese Diktatur sich trotz allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahlen durchzusetzen vermag. Formale Demokratie und Herrschaft einer Minderheit über eine Mehrheit stehen nicht im Widerspruch zueinander. Wenn man von Demokratie redet, muss man stets fragen, für wen die Demokratie da ist und für wen nicht.

Der attische Staat zum Beispiel war durchaus eine Demokratie, allerdings eine Demokratie des Adels und der freien Bürger hingegen eine Diktatur gegenüber den Sklaven, auf dessen Arbeit das Gemeinwesen fußte.

Das genaue Gegenteil hiervon stellt der sozialistische Staat da. Ein sozialistischer Staat ist notwendigerweise eine „Diktatur des Proletariats“ gegen die Bourgeoisie, welche zwar vorerst in einer Revolution geschlagen wurde, aber dennoch über ungeheure Macht verfügt. Der proletarische Staat „muß ein Staat sein, auf neue Art demokratisch (für die Proletarier und überhaupt für die Besitzlosen) und auf neue Art diktatorisch gegen die Bourgeoisie“ (Lenin)

Dies ist das Wesen der politischen Übergangsperiode vom Kapitalismus in die klassenlose Gesellschaft und ist nicht gleichzusetzen mit rotem Terror. Terror findet nur in Abwendung konterrevolutionären Terrors seine situationsbedingte Rechtfertigung und ist keineswegs der Dauerzustand der Diktatur des Proletariats.

Mit der erfolgreichen Revolution ist noch nicht der Sozialismus aufgebaut, es folgt ein den äußeren und inneren Umständen entsprechend mehr oder

weniger langer und mehr oder weniger schmerzhafter Prozess, in dem nach und nach die Grundlage einer sozialistischen Gesellschaft aufgebaut wird. Ohne Garantie auf einen Sieg. Doch was zeichnet den proletarischen Staat gegenüber der alten kapitalistischen Maschine aus? Lenin schrieb dazu kurz vor der Oktoberrevolution:

„Vor allem besteht die Bedeutung dieser Umwälzung darin, daß wir eine Sowjetregierung, unser eigenes Machtorgan haben werden, ohne jegliche Teilnahme der Bourgeoisie. Die unterdrückten Massen werden selbst die Staatsmacht schaffen. Der alte Staatsapparat wird von Grund aus zerschlagen und ein neuer Verwaltungsapparat in Gestalt der Sowjetorganisationen geschaffen werden«.³⁷

Dass der alte Apparat für die Interessen des Proletariats nicht in Bewegung gesetzt werden kann, haben wir schon zuvor ausgeführt. Er muss, wie Marx und Engels aus der Erfahrung der Kommune lernten, zerschlagen werden. Die Grundlage der neuen Staatsmacht bilden nun die Sowjets, also Räte.

Eine Revolution ist im marxistischen Sinne nicht das Austauschen einer Regierung durch eine andere, sondern ein Akt, in dem die Herrschaft einer Klasse durch die Herrschaft einer anderen ersetzt wird. Auch ist eine Revolution kein Putsch, sondern immer eine Volksrevolution. Sie ist der politische Ausdruck des Übergangs einer Gesellschaftsformation, in die nächst höhere.

Es hat sich geschichtlich in den meisten Fällen gezeigt, dass die ArbeiterInnenräte der Grundstein des sozialistischen Staates sind. Der erste Anlauf dafür war die Pariser Kommune von 1871.

Pariser Kommune

Engels nannte die Pariser Kommune bekanntlich die erste „Diktatur des Proletariats“. Auch wenn sie nur 72 Tage bestand und ihr schwerwiegende

³⁷ LW 26, S. 228

Fehler unterliefen, durch die sie ihre Macht nicht halten konnte, ist sie für alle Revolutionäre heute noch ein leuchtendes Beispiel.

In seiner Schrift *Staat und Revolution*, welche kurz vor der großen sozialistischen Oktoberrevolution geschrieben wurde, setzte sich Lenin eingehend mit der Kommune und ihrer Auswertung durch Marx und Engels auseinander, sie wurde zum Vorbild auch für die Sowjetunion.

Die Kommune entstand aufgrund der Auslieferung der Pariser Bevölkerung durch die französische Regierung an Preußen. Die Massen in Paris: Frauen und Männer jegliches Alters nahmen sich die Waffen und das Militär desertierte. Der Aufbau der Kommune unterschied sich wesentlich vom bürgerlichen Staat. Marx fasste dies so zusammen:

„Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse. Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit. Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sofort aller ihrer politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche und jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt. Ebenso die Beamten aller anderen Verwaltungszweige. Von den Mitgliedern der Kommune an abwärts, musste der öffentliche Dienst für *Arbeiterlohn* besorgt werden. Die erworbenen Anrechte und die Repräsentationsgelder der hohen Staatswürdenträger verschwanden mit diesen Würdenträgern selbst. Die öffentlichen Ämter hörten auf, das Privateigentum der Handlanger der Zentralregierung zu sein. Nicht nur die städtische Verwaltung, sondern auch die ganze, bisher durch den Staat ausgeübte Initiative wurde in die Hände der Kommune gelegt.“³⁸ Die proletarische Diktatur setzt also ein Volk voraus, welches nicht unter dem Gesetz steht, sondern souverän Dekrete erlassen und durchführen kann, welche den Besitzenden ihr Recht auf Privateigentum an Produktionsmitteln, Land usw. streitig machen. Sozialistische Demokratie ist in diesem Sinne eine Diktatur, nämlich die Herrschaft einer Klasse über eine andere.

³⁸ MEW 17, S. 339.

„Ihr wahres Geheimnis war dies: Sie war wesentlich eine **Regierung der Arbeiterklasse**, das Resultat des Kampfs der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.“³⁹

Die Arbeiterräte lassen sich nicht in die parlamentarische Demokratie integrieren, sondern stellen eine höhere Form der Demokratie da. Die Koexistenz von Räten und Parlament muss wenn vorhanden zur Auflösung des Parlaments und zur reinen Räteherrschaft gebracht werden.

Der Räte Staat muss demokratisch - zentralistisch aufgebaut sein. Es geht nicht darum, dass viele kleine autonome Einheiten nebeneinander her existieren und ihre Angelegenheiten nach Lust und Laune verwalten. Die kleineren Einheiten wählen die nächsthöheren, unter deren Verantwortung sie dann stehen. So baut sich der Staat von Ebene zu Ebene bis an die Spitze auf. Das heißt nicht, dass kommunale Räte nicht eigenständig in lokalen Zuständigkeitsbereichen handeln können, sie können aber nicht im Gegensatz zur nächsthöheren Ebene handeln. Somit wird sichergestellt, dass stets im gesamtgesellschaftlichen Interesse gehandelt wird.

Auch andere, direkte Formen demokratischer Teilhabe ohne Repräsentation sind im Sozialismus möglich. „*Auf der Basis* des Sozialismus wird die „primitive“ Demokratie nicht primitiv sein!“ (Lenin)

Der Hauptunterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus ist darin zu finden, wer über die Produktionsmittel verfügt. Einer kleinen Klasse von Ausbeutern oder dem werktätigen Volk. Die neue Qualität der sozialistischen Demokratie ist durch die Übernahme aller kulturellen und materiellen Güter seitens der Werktätigen gekennzeichnet.

Nicht alle genannten Aspekte müssen vorhanden sein um von sozialistischer Demokratie sprechen zu können. Der Hauptunterschied liegt darin, welchen Klasseninteressen der Staat dient.

Da der proletarische Staat nicht von Ewigkeit ist, sondern mit dem Erreichen des Ziels, der Abschaffung der Klassen einschläft, schläft auch die Demokratie, die ja eine Staatsform ist ein. Die Demokratie wird zu Ge-

³⁹ Ebda. s. 342

wohnheit, Vollständige Demokratie ist gleich keine Demokratie. Die Herrschaft über Menschen weicht der Verwaltung von Dingen.

Zwischenfazit

Die proletarische Demokratie muss erst erkämpft werden, sie ist keineswegs im bürgerlichen Staat durchsetzbar. Demokratie und Diktatur bilden keine Gegensätze, sondern fallen zusammen. Die parlamentarische Demokratie ist der Überbau des Kapitalismus, die Räte-demokratie der des Sozialismus. In der proletarischen Demokratie wird die Gewaltenteilung aufgehoben. Die sozialistische Staatsmacht ist eine Gesetzgebende und ausführende, eine arbeitende Körperschaft. Beamte und Vertreter bekommen einen Durchschnittslohn, können direkt abgewählt werden und sind den Entschlüssen des Volkes und nicht sich selbst oder einer Partei verpflichtet.

Formen noch direkterer Machtausübung sollten in den Staat mit einbezogen werden. Fehlen einzelne genannten Aspekte oder sind sie anders umgesetzt bedeutet dies nicht unbedingt die Abwesenheit einer proletarischen Demokratie. Die Hauptsache ist, dass die Interessen der Werktätigen, der großen Mehrheit vertreten werden.

7. Gesamtfazit

Wir haben versucht aufzuzeigen, wie und aus welchen Gründen die bürgerliche Demokratie entstanden ist. Sie ging aus dem Klassenkampf zwischen Feudaladel und Bürgertum hervor, wurde aber nur durch den erbitterten Kampf der proletarischen Volksmassen möglich. Das allgemeine Wahlrecht wurde durch das Proletariat erkämpft, allerdings erkämpfte es sich laut Marx damit nicht seine Emanzipation, sondern bloß das Feld, auf dem diese erkämpft werden kann. Die parlamentarische Demokratie ist eine Form der Herrschaft der Bourgeoisie und nicht der Garant des illusorischen Gemeinwohls, welches in einer Gesellschaftsform, die auf Klassengegensätzen beruht, bloß die Interessen der Bourgeoisie widerspiegeln kann.

Mit der Ablösung der freien Konkurrenz durch den Monopolkapitalismus (Imperialismus) änderte sich auch der Charakter der staatlichen Herrschaft. Der einst liberale Staat wurde zum Staat der Monopole. Dort, wo das Proletariat sich das allgemeine Wahlrecht erkämpfte, wurde die Macht des Parlaments eingeschränkt. In Zeiten der Krise des kapitalistischen Systems brach die herrschende Klasse vollständig mit der parlamentarischen Demokratie und setzte an ihre Stelle die offene terroristische Diktatur, den Faschismus.

Die angeblich so „zivilisierten Nationen“ setzten ihre Kolonialherrschaft durch unvermittelte Gewalt gegenüber den Völkern der Kolonien durch. Bis heute sind die westlichen Demokratien für Krieg, Unterdrückung und Diktatur in der sog. „Dritten Welt“ verantwortlich. Noch immer hält der bürgerliche Staat die Illusion der Mitbestimmung aufrecht und schwächt durch seine heuchlerischen Versprechen das proletarische Klassenbewusstsein. Nur durch das Parlament gelangen wir nicht zum Sozialismus, sondern in die Fänge der Bourgeoisie. Das Parlament ist keine Volksvertretung, sondern eine Schwatzbude, indem der Pluralismus der Meinungen der Herrschaft der

Monopolbourgeoisie einen schönen demokratischen Anstrich verleiht und das Volk mit Füßen getreten wird.

Der kapitalistische Staatsapparat kann nicht für die Interessen des Proletariats in Bewegung gesetzt werden. Allerdings gibt es Momente, in welchen KommunistInnen das Parlament für ihre Zwecke ausnutzen können. Wenn aber der Kampf im Parlament nicht gegen das Parlament geführt wird, sondern sich verfassungsrechtlich in seinem Rahmen bewegt, ist es mit der Ausnutzung vorbei, und der Staat zeigt seine Integrationsleistung. Aus dem Kommunisten wird ein Sozialdemokrat, der das politische Alltagsgeschäft und nicht mehr die Revolution der Ausgebeuteten im Blick hat. Für KommunistInnen gilt es daher, bei der parlamentarischen Arbeit auf verschiedene Gefahren zu achten und die Taktik nicht zur Strategie werden zu lassen. Im jetzigen Moment haben wir in Deutschland keine kommunistische Partei, die Ihren Namen verdient. Die Wahl des kleineren Übels ist mit Blick auf die proletarische Revolution ein politischer Fehler. Denn jede Meinung im Parlament, die die Illusion bestärkt, es lasse sich in diesem Rahmen wirklich etwas bewirken, ist unmittelbar opportunistisch und führt zur Trübung des Klassenbewusstseins.

Daher gilt es für uns als KommunistInnen: Wir nehmen nicht teil an der Bundestagswahl 2021. Unsere Wahl gilt nicht einer x-beliebigen bürgerlichen Partei, sondern dem Kampf für die Diktatur des Proletariats.

Wir haben nur eine Wahl. Revolution!

Kämpfende Jugend
September 2021

*Wir haben nur
eine Wahl:
Revolution!*

Kontaktiert uns bei Social Media!

